

Ober-Mörlen, den 09.03.2012

Niederschrift der 9. ordentlichen öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung, am Montag, den 06.03.2012 um 20.00 Uhr, in Ober-Mörlen, Schloss, Rittersaal.

Zu der für heute einberufenen Sitzung sind erschienen:

Vom Gemeindevorstand:

Bürgermeister Sigbert Steffens
1. Beigeordnete Kristina Paulenz
Beigeordneter Nico Weckler
Beigeordneter Josef Freundl
Beigeordneter Herbert Hahn
Beigeordneter Karlo Goll

Von der CDU-Fraktion:

Gerd-Christian v. Schäffer-Bernstein
Jan Weckler
Dr. Matthias Heil
Johannes Heil
Werner Heil
Gottlieb Burk
Alexandra Wagner
Holger Reuß
Marco Hosenseidl
Wolfgang Achtnick

Von der SPD-Fraktion:

Joachim Reimertshofer
Achim Glockengießer
Erich Kopp
Simon Jung
Volker Matthesius
Mario Sprengel
Karin Scherer
Susanne Parisi

Von der FWG-Fraktion:

Jan Wöfl
Inge König
Matthias Scholl
Pia Zwermann

Von der FDP-Fraktion:

Christian Schraub
Dustin Lohead

Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Raimund Frank
Ruth Beddies
Tobias Terhaar

Schriftführerin: Bärbel Liebert

Entschuldigt fehlen: MdG Tobias Krogull, MdG Brunhilde Reimann-Lucas; MdG Jürgen Schneider, MdG Michael Friedrich

VMdG Gerd-Christian von Schäffer-Bernstein eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung zur 9. ordentlichen öffentlichen Sitzung mit Datum vom 27.02.2012 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Mit 27 Mitgliedern der Gemeindevertretung ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Zunächst begrüßt VMdG Gerd-Christian von Schäffer den anwesenden Pressevertreter sowie die Gäste.

Änderungen zur Tagesordnung:

FWG- Fraktion hat TOP 12.9 zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis über die geänderte Tagesordnung: Einstimmig dafür

TOP 1 Niederschrift der 8. Sitzung der Gemeindevertretung

Folgende Änderungen der Niederschrift werden von MdG Jan Wöfl beantragt:

MdG Jan Wöfl bittet darum, die Parteizugehörigkeiten unter TOP 2 zu berichtigen.

Richtig wäre:

[MdG Jan Wöfl \(FWG\)](#) berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.01.2012.

[MdG Simon Jung \(SPD\)](#) berichtet aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesellschaft vom 20.12.2011.

[MdG Volker Matthesius \(SPD\)](#) berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bau- und Verkehr vom 22.12.2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

TOP 2 Berichte der Ausschüsse

MdG Volker Matthesius (SPD) berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bau- und Verkehr vom 26.01.2012.

TOP 3 Bericht des Ortsbeirates

Hier hat keine Sitzung stattgefunden.

TOP 4 Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Die Mitteilungen liegen in schriftlicher Form vor. Für die anwesenden Zuhörer/Innen verliest Bürgermeister Sigbert Steffens die Mitteilungen.

Auftragsvergabe

Erneuerung B 275 Ortsdurchfahrt in Ziegenberg

In diesem Jahr wird durch das Amt für Straßenverkehrswesen (neuerdings „Hessen-mobil“) eine grundhafte Erneuerung der B 275 in der Ortsdurchfahrt von Ziegenberg durchgeführt. Dabei wird durch die Gemeinde das überalterte Wasser- und Kanalnetz mitsaniert. Die umfangreichen Planungen für die Leistungsphasen 1-3 der kommunalen Gewerke Wasser, Kanal und Gehweg wurden durch den Gemeindevorstand in Höhe von 28.011,- Euro an das Ingenieurbüro Müller aus Schöneck vergeben.

Parkplätze Usagasse

Zur Verbesserung der Beleuchtung auf dem Weg zu den neu errichteten Parkplätzen in der Usagasse hat der Gemeindevorstand das Aufschlagen von vier Straßenleuchtkörpern mit LED-Technik beschlossen. Damit wurde dem Angebot der OVAG in Höhe von gut 10.000,- Euro entsprochen. Die verbesserte Ausstattung war auf Grund der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht erforderlich geworden

Sporthalle am Lekkerkerkplatz

Die Umsetzung der bauleitplanerischen Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Rechts der Usinger Straße“ mit dem Ziel der Errichtung einer reinen Sporthalle am Lekkerkerkplatz sowie der dafür erforderlichen Geräuschprognose hat der Gemeindevorstand unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht beschlossen. Das Ingenieurbüro Bischoff & Hess erhält zu einem Angebotsendpreis von 3.233 € sowie der TÜV Hessen für 2.856 Euro den Auftrag. Sie sollen die dazu erforderlichen Unterlagen erstellen.

Sonstiges:

Umstellung der Erdgaslieferungsverträge

Aufgrund europäischer Rechtsprechung sind Energielieferanten künftig verpflichtet, energiesparende Boni begleitend zu ihren Lieferungsverträgen auszuweisen. Der Gemeindevorstand hat eine Umstellung seiner Lieferungsverträge in diesem Sinne mit der O-Gas für 24 Monate beschlossen. Darin wird der Kommune für die Lieferung zu allen gemeindlichen Liegenschaften ein Bonus in Höhe von insgesamt etwa 1.490 Euro auf ein Energieeffizienz-Sparbuch erstattet. Dieser Bonus muss für energiesparende Maßnahmen (wie z. B. Einbau von Hocheffizienzpumpen oder Leitungsisolierungen etc.) verwendet werden und setzt sich neben einem Treuebonus aus einer verbrauchsorientierten Gutschrift von ca. 850 Euro sowie einem anlagenspezifischen Ausgleich von 300 Euro für sechs Heizungsanlagen zusammen.

LED-Technik für Straßenbeleuchtung

Weiterhin hat der Gemeindevorstand zur Teilnahme an der „OVAG-LED-Initiative“ die Interessensbekundung der Gemeinde beschlossen. Allerdings ist diese Bekundung allein auf die fristgerechte Beantragung beim Bundeswirtschaftsministerium gerichtet. Sollte der Vertriebsbereich der OVAG in das Bundesförderprogramm aufgenommen werden, sind dazu später noch Detailbeschlüsse der Gemeindevertretung erforderlich. In diesem Programm wird die Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung auf LED-Technik fast kostenneutral gefördert.

Wasserschaden Kindertagesstätte Sternschnuppe

Nach der Behebung eines Wasserschadens in der Kita Sternschnuppe wurde verstärkter Schimmelpilzbefall in verschiedenen Räumen festgestellt. Nach sofortiger Schließung der Räume und Begutachtung der Befallsituation wurde nun mit dem Kreisgesundheitsamt und der Schaden regulierenden Versicherung eine Lösung erarbeitet. Ab der 11. KW steht ein Containerdepot auf dem Lekkerkerkplatz für die Weiterführung der Kindergartenbetreuung zur Verfügung. Das Depot bleibt aufgeschlagen bis zur Beendigung der Instandsetzungsarbeiten.

TOP 5

Seniorenbeirat

(Vorlage des Gemeindevorstandes vom 08.09.2011)

Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales und Gesellschaft vom 20.12.2011

Der Ausschuss für Soziales und Gesellschaft hat sich in seiner 3. Sitzung am 20.12.12 mit folgendem von der Gemeindevertretung in den Ausschuss verwiesenen Beschlussvorschlag des Gemeindevorstandes befasst:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass zur Zeit von der Bildung eines Seniorenbeirats mangels Interesse aus der Bevölkerung abgesehen werden muss.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zweimal im Jahr Aufrufe über die Ober-Mörler Nachrichten zu veröffentlichen. Sobald dann genügend Bewerbungen vorliegen, wird die Gemeindevertretung einen neuen Seniorenbeirat wählen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesellschaft hat dazu folgendes beschlossen:

Der Ausschuss Soziales und Gesellschaft empfiehlt der Gemeindevertretung:

Satz 1 ist zu streichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

**TOP 6 Einrichtung der Gemeindebücherei in der Remise „Gaulskopf“
(Zurückverweisung aus der Gemeindevertretersitzung vom 10.11.2011 in
den Ausschuss Soziales und Gesellschaft)
(Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales und Gesellschaft vom
20.12.2011)**

Der Ausschuss für Soziales und Gesellschaft hat sich in seiner 3. Sitzung am 20.12.11 mit folgendem von der Gemeindevertretung in den Ausschuss zurückverwiesenen Antrag der SPD-Fraktion befasst:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, umgehend den Umzug der Gemeindebücherei in die Remise „Gaulskopf“ in die Wege zu leiten und den Mietvertrag über die bisherigen Räume zu kündigen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesellschaft hat dazu folgendes beschlossen:

Der Ausschuss Soziales und Gesellschaft empfiehlt der Gemeindevertretung den Gemeindevorstand zu beauftragen,

1. das Mietverhältnis für die Räume Zwetschengasse 12, Ober-Mörten umgehend zum Laufzeitende zu kündigen.
2. ein modernes in die Zukunft gerichtetes Konzept in neuen oder vorhandenen Räumlichkeiten für eine möglichst gemeinsame öffentliche Bücherei in Ober-Mörten bis Ende 2012 vorzulegen.
3. den Umzug mit einer neu konzipierten Bücherei bis Ende des Jahres 2014 umzusetzen.
4. den Ausschuss Soziales und Gesellschaft in die fortlaufenden Beratungen einzubeziehen.

Zur Umsetzung des Antrages werden folgende Schritte vorgeschlagen:

- Bestandsaufnahme der 4 Büchereien in Ober-Mörten (Gemeinde (2), Schule, Kirche)
- Buchbestand (in versch. Sparten)
- Weitere Medien
- Öffnungszeiten
- Ausleihmodus
- Anzahl der Bediensteten mit monatl. Kosten
- Jährl. Investitionen in neue Bücher/Ersatzbeschaffung usw.
- Jährl. Raumkosten (Miete, Heizung, Strom usw.)

- Information über neuste Erkenntnisse und zukunftsorientierte Einrichtungen

- Beratung/Gutachten durch Deutschen Bibliotheksverband / Landesverband Hessen auf der Basis der Bestandsaufnahme (Raumgestaltung / Ausstattung / Finanzierung usw.)
- Besichtigung neuer Einrichtung mit gleicher Zielsetzung in vergleichbarer Gemeinde
- Konzeptentwicklung mit den möglichen Partnern unter vorhandener oder zu schaffender Räumlichkeiten
- Kostenermittlung
- Beschlussfassung durch Gemeindevertretung
- Umsetzung möglicher baulicher Veränderungen (2013)
- Neueröffnung Ende 2014

MdG Gottlieb Burk beantragt die getrennte Abstimmung von Punkt 1 und Punkt 2-4.

Abstimmungsergebnis über getrennte Abstimmung Einstimmig dafür

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1: 15 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 -4 Einstimmig dafür

**TOP 7 Satzung der Gemeinde Ober-Mörlen über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes.
Denkmalgebiet Ortskern Ober-Mörlen“ im Rahmen des Programms
„Städtebaulicher Denkmalschutz“
(Vorlage des Gemeindevorstandes vom 24.02.2012)**

Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeinde Ober-Mörlen beschließt die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Denkmalgebiet Ortskern Ober-Mörlen“ als Satzung (gemäß Anlage).

MdG Jan Weckler beantragt die Verweisung in die Ausschüsse Bau und Verkehrsausschuss sowie Haupt- und Finanzausschuss

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

MdG Volker Matthesius bittet den Gemeindevorstand um genauere Beschreibung des Sanierungsgebietes „Ortskern“. Bürgermeister Sigbert Steffens gibt an, dass die Beschreibung seit dem Beschluss der Gemeindevertretung vor acht Jahren unverändert ist.

**TOP 8 Zukunft Nassauische Heimstätte – Sicherheit für die Mieterinnen und Mieter
(Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2012)**

Die SPD-Fraktion beantragt zu dem obengenannten TOP folgendes:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, mit der Hessischen Landesregierung Gespräche über die Zukunft der Nassauischen Heimstätte zu führen mit dem Ziel, den geplanten Verkauf der Anteile an der Nassauischen Heimstätte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln abzuwenden. Dabei soll auch Auskunft darüber verlangt werden, welche Auswirkungen ein möglicher Anteilsverkauf auf die Mieterinnen und Mieter in Ober-Mörlen haben könnte. Schließlich soll darauf hingewirkt werden, dass die betroffenen Mieterinnen und Mieter zeitnah und transparent informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

**TOP 9 Nächtliches Durchfahrverbot auf der B 275
(Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2012)**

Die SPD-Fraktion beantragt zu dem obengenannten TOP folgendes:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu prüfen, ob in der Frankfurter und Usinger Straße nach § 45 StVO ein nächtliches LKW- Durchfahrverbot für LKW ab 7,5 Tonnen vom Ortseingang in Richtung Ortsmitte bis zur Kreuzung an der Hasselhecker Straße eingerichtet werden kann. Die Durchfahrverbote sollten vorab schon an der Autobahnabfahrt von der BAB 5 kenntlich gemacht werden. Davon betroffene innerörtliche Betriebe können eine Ausnahmegenehmigung erhalten.

MdG Christian Schraub beantragt die Verweisung in den Ausschuss Bau und Verkehr

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu TOP 9:

25 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

**TOP 10 Antrag zur Entsorgung von Rasenschnitt und Laub
(Antrag der FWG-Fraktion vom 14.02.2012)**

Die FWG- Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass eine Entsorgungsmöglichkeit für Rasenschnitt und Laubabfall in der Gemeinde geschaffen wird. Die Umsetzung kann durch den gebührenpflichtigen Verkauf von speziellen Säcken für diese Zwecke erfolgen. Zu prüfen sind Möglichkeiten der Abfuhr oder der Abgabe zu den Öffnungszeiten des Häckselplatzes und die dortige Sammlung in Containern. Umzusetzen ist ein kostendeckendes Verfahren.

MdG Raimund Frank beantragt die Verweisung in den Ausschuss Landwirtschaft, Umwelt und Energie.

MdG Wolfgang Achtznick unterstützt den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen,

1 Enthaltung

**TOP 11 Instandhaltung von gepflasterten Straßen
(Antrag der FWG-Fraktion vom 20.02.2012)**

Die FWG- Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass alle in den 90er Jahren mit Betonsteinen gepflasterten Straßen auf Ihren Zustand fachmännisch geprüft und bewertet werden und nötige Unterhaltungsmaßnahmen eingeleitet werden.

MdG Dr. Matthias Heil beantragt die Verweisung in den Ausschuss Bau und Verkehr
MdG Joachim Reimertshofer und MdG Christian Schraub unterstützen den Antrag.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

MdG Jan Wöfl fragt den Gemeindevorstand, ob die Bevölkerung evtl. aufgerufen werden kann, Schäden zu melden.

TOP 12 Anfragen

TOP 12.1 Anfrage zur Rechtskonformität von Geschwindigkeitsbeschränkungen im innerörtlichen Bereich (Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.07.2011)

Die innerörtliche Regelgeschwindigkeit beträgt 50 km/h. Die StVO sieht für die Herabsetzung dieser Geschwindigkeit strenge Anforderungen vor: So ist dies nur anzuordnen, „wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist“ (§45 (9) StVO). Danach „dürfen insbesondere Beschränkungen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung ... erheblich übersteigt.“ Daraus kann geschlossen werden, dass Anordnungen aus Verkehrssicherheitsgründen nur auf Streckenabschnitten in Betracht kommen, deren Unfallgeschehen erheblich über dem vergleichbarer Streckenabschnitte liegt.

Die CDU-Fraktion hat deshalb folgende Fragen:

1. Welche innerörtlichen Straßen sind abgesehen von angeordneten Tempo-30-Zonen (gemäß § 45 StVO (1c)) mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung unterhalb von 50 km/h belegt?
2. Wurde in diesen Straßen ein erheblich erhöhtes Unfallgeschehen registriert?
3. Wann wurde zuletzt die Rechtmäßigkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 überprüft?
4. Insbesondere bei der Hasselhecker Straße, der aufgrund ihrer Breite, des breiten Gehwegs und des Radweges wohl sichersten innerörtlichen Straße, scheint es zweifelhaft, ob die gegenwärtige Regelung mit §45 StVO konform ist. Liegen der Ortspolizeibehörde bzw. dem Gemeindevorstand Hinweise darauf vor, dass die Anordnung von Tempo 30 dort rechtswidrig ist? Wenn nein, wird der Gemeindevorstand eine Einschätzung einholen?
5. Falls die Anordnung von Tempo 30 rechtswidrig sein sollte, sind Bußgeldbescheide aufgrund von festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen kritisch zu betrachten. Wie beurteilt der Gemeindevorstand hier die rechtliche Situation? Sind die Bußgeld- und Ordnungswidrigkeitsbescheide in der Vergangenheit zu Unrecht bzw. auf Basis einer rechtswidrigen Anordnung ausgestellt worden?

Die Anfrage der CDU-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

1. Die Straßen „Hasselhecker Straße“ und „An der Hüftersheimer Mühle“ (B 275 ausgenommen) sind mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung unter der innerörtlichen Regelgeschwindigkeit belegt (abgesehen von den Tempo-30-Zonen).

2. Eine Rücksprache mit der Polizei ergab, dass in den letzten 3 Jahren in der Hasselhecker Straße ein Unfall aufgenommen wurde.

3. Im Jahre 2002 wurde beschlossen, dass alle Ortsbereiche links und rechts von Bundes- und Landstraße zur Tempo 30-Zone deklariert werden.

4. Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sind nur dort anzuordnen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist. Abgesehen von der Anordnung von Tempo 30-Zonen nach Absatz 1c oder Zonen-Geschwindigkeitsbeschränkungen nach Absatz 1d dürfen insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in den vorstehenden Absätzen genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt.

Da ein Radweg parallel zur Straße verläuft, war eine Tempo 30-Zone im Bereich der Hasselhecker Straße nicht möglich, woraufhin die Anordnung der Geschwindigkeitsbeschränkung mit dem Zeichen 274-53 erfolgte.

5. Hinsichtlich der Frage, ob möglicherweise Bußgeldbescheide aufgrund von verkehrsrechtlichen Anordnungen, die nicht der aktuellen Fassung der StVO entsprechen, aufzuheben sind, ist darauf hinzuweisen, dass ein Verkehrszeichen in Bestandskraft erwächst und daher von jedem Verkehrsteilnehmer zu beachten ist. Amtsgerichte überprüfen nicht die Rechtmäßigkeit einer verkehrsrechtlichen Anordnung, sondern nur den Umstand, ob für den Verkehrsteilnehmer diese verkehrsrechtliche Anordnung erkennbar war. Mithin sind sämtliche Bußgeldbescheide aufgrund von verkehrsrechtlichen Anordnungen, auch wenn sie nach dem heutigen Kenntnisstand evtl. nicht hätten ergehen dürfen, zunächst rechtmäßig.

TOP 12.2 Anfrage Verkehrszählung Langenhain-Ziegenberg (Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.07.2011)

Nach subjektivem Eindruck hat der Verkehr seit Einführung der LKW-Maut zu einem erheblichen Mehraufkommen von LKWs geführt, die durch Ober-Mörlen und Langenhain-Ziegenberg über die B 275 von der A 5 auf die A 3 abkürzen und umgekehrt.

Daher bitten die SPD-Fraktion den Gemeindevorstand um die Beantwortung folgender Fragen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung:

1. Wann wurde die letzte Verkehrszählung auf der B 275 in Langenhain-Ziegenberg durchgeführt?
2. Zu welchem Ergebnis kam die Verkehrszählung, vor allem hinsichtlich der Ortsdurchfahrt von LKWs?

Die Anfrage der SPD-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

zu 1.

Wann wurde die letzte Verkehrszählung auf der B275 in Langenhain-Ziegenberg durchgeführt?

Die letzte Verkehrszählung fand im Jahr 2010 statt.

zu 2.

Zu welchem Ergebnis kam die Verkehrszählung, vor allem hinsichtlich der Ortsdurchfahrt von LKW's?

Zum Vergleich:

| | DTV KFZ | DTV PV | DTV GV | DTV SV |
|-------------|---------|--------|---------|---------|
| 2005 | 6.240 | 5.674 | 566 | 343 |
| 2010 | 5.685 | 5.187 | 498 | 334 |
| 2005 / 2010 | -8,90 % | -8,60% | -12,00% | -2,60 % |

- DTV = Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke in Kfz/24h.
- PV = Personenverkehr. Alle motorisierten Personenwagen in 24h.
- GV = Güterverkehr. Alle Güterfahrzeuge, egal welcher Gewichtsklasse in 24h.
- SV = Schwerverkehr. Alle Fahrzeuge ab 3,5t in 24h.

**TOP 12.3 Anfrage wegen der Straße „An der Hüftersheimer Mühle“
(Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.01.2012)**

Die Straße „An der Hüftersheimer Mühle“ ist auf Höhe des Bolzplatzes durch Bewuchs dermaßen beengt, dass zwei Fahrzeuge nicht mehr aneinander vorbeifahren können, ohne dass das eine Fahrzeug in die Hecke oder das andere Fahrzeug auf die Grünfläche zwischen Straße und Gehweg ausweichen muss. Hierbei kommt es zu Schäden an Fahrzeugen oder tiefen Spurrillen auf dem Grünstreifen.

Zu der Beengung kommt es zum Einen, weil die Hecke dort weit in die Straße hineinwächst, zum Anderen weil die Straße unter der Hecke sogar wieder bewachsen ist. Erst kürzlich wurde scheinbar versucht, diesen Bewuchs zu entfernen, jedoch nicht vollständig und die Haufen mit Erde und Dreck liegen dort noch immer verteilt am Straßenrand.

Da dies unter Umständen Schadensersatzansprüche gegen die Gemeinde auslösen kann, jedenfalls aber zu zusätzlichem Aufwand bei der Reparatur und Pflege der Straße und des Grünstreifens führt, bitten die SPD-Fraktion den Gemeindevorstand um die Beantwortung folgender Fragen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung:

1. Wer ist für die Beseitigung des Bewuchses auf der Straße sowie den Heckenschnitt zuständig?
2. Wurden die beschriebenen bereits vorgenommenen Maßnahmen vom gemeindlichen Bauhof oder vom Eigentümer vorgenommen?
3. Besteht die Verpflichtung der Gemeinde zur Ersatzvornahme, wenn der Eigentümer den dort vorhandenen Über- und Bewuchs nicht entfernt?

Ihre Anfrage können wir wie folgt beantworten:

Zu 1.

Wer ist für die Beseitigung des Bewuchses auf der Straße sowie den Heckenschnitt zuständig?

Da der Bewuchs der Straße von den Grundstücken

Flur 11 Nr. 119 / 0

und

Flur 11 Nr. 121 / 0

ausgeht, sind deren Eigentümer für die Beseitigung sowie den Heckenschnitt zuständig.

Die Betroffenen wurden mit Schreiben vom 01.02.2012 zum Heckenschnitt aufgefordert.

Zu 2.

Wurden die beschriebenen bereits vorgenommenen Maßnahmen vom gemeindlichen Bauhof oder vom Eigentümer vorgenommen?

Es wurden keine Arbeiten vom Bauhof ausgeführt.

zu 3. Besteht die Verpflichtung der Gemeinde zur Ersatzvornahme, wenn der Eigentümer den dort vorhandenen Über- und Bewuchs nicht entfernt?

Zu widerhandlungen können mit einer Geldbuße bis zu € 1.000,- geahndet werden. Weiterhin kann der Schnitt mittels Ersatzvornahme auf Kosten der Verpflichteten vorgenommen werden.

TOP 12.4 Anfrage nach dem aktuellen Stand des Ökopunktekontos (Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.01.2012)

Ausweislich der Eröffnungsbilanz der Gemeinde (Stand 1.1.2009) ergibt sich ein Kontostand von fast 800.000 Punkten. Da aktuell ein erhöhter Bedarf an Ökopunkten von Dritten besteht (z.B. ABO Wind AG, Hessen Mobil Frankfurt, Deutsche Bahn AG, Fraport AG) könnte durch den Verkauf zusätzlicher, über den im Rahmen des Haushalts bereits beschlossenen Verkauf von bis zu 500.000 Ökopunkten zusätzliche Mittel für den Haushalt Erlöst werden.

Die SPD-Fraktion bittet deshalb um die Beantwortung nachfolgender Fragen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung. Da die Beantwortung sicherlich nicht ohne weiteres erfolgen kann, wird die Anfrage bereits jetzt, d.h. fast sechs Wochen vor der nächsten Gemeindevertreter Sitzung gestellt.

4. Welchen Stand weist das Ökopunktekonto derzeit auf?
5. Welcher Bedarf an Ökopunkten besteht bei der Gemeinde aktuell? Für welche Maßnahmen?
6. Welcher Bedarf an Ökopunkten besteht bei der Gemeinde zukünftig? Für welche Maßnahmen?
7. Durch welche bereits vorgenommenen oder geplanten Maßnahmen kann mit weiteren Ökopunkten gerechnet werden? Um welche Maßnahmen handelt es sich hier?

Hierzu erfolgt die Beantwortung in einer der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

Eine Aufstellung zum Ökopunktekonto wurde vor der Sitzung verteilt.

TOP 12.5 Anfrage Jahresabschlüsse 2009 und 2010 (Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.01.2012)

Die SPD-Fraktion bittet den Gemeindevorstand um Mitteilung, wann die Jahresabschlüsse für die Jahre 2009 bzw. 2010 vorgelegt werden.

Die Anfrage der SPD-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Der Jahresabschluss 2009 wurde erstellt. Am 16. und 17.01.2012 fand eine Vorprüfung durch die Revision des Wetteraukreises statt. Hierbei wurde der Jahresabschluss als prüffähig befunden (Schreiben der Revision vom 07.02.2012). Der Termin für die Hauptprüfung steht noch nicht fest.

Mit den Arbeiten am Jahresabschluss 2010 wurde nach Abschluss der Vorprüfung für den Jahresabschluss 2009 begonnen.

TOP 12.6 Umsetzung der Eigenkontrollverordnung 2010 – Verhinderung von „Kanal-Haien“ (Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2012)

Bereits am 25.08.2011 fand auf Einladung der Bürgermeister von Butzbach, Münzenberg, Ober-Mörlen, Rockenberg und Wölfersheim in Oppershofen eine gemeinsame Informationsveranstaltung für Mandatsträger unter anderem zum Thema „Eigenkontrollverordnung 2010 – EKVO“ statt. In der Verordnung geht es um die vorgeschriebene Überwachung der Zuleitungskanäle. Es wurde damals zugesagt, die Präsentation den Mandatsträgern zur Verfügung zu stellen. Dies ist leider bis heute nicht geschehen.

Mittlerweile hat auch der Hessische Städte- und Gemeindebund in seinem „Eildienst“ vom Januar 2012 (ED 15 vom 18.01.2012, S. 22/23) das Thema aufgegriffen. Um die Durchführung der EKVO zu erleichtern wurde die so genannte GEKa_NET gegründet. Da die Information der Bürger durch die Kommunen nicht immer sachgerecht oder gar nicht erfolgt, treiben nach Auskünften des Hessischen Städte- und Gemeindebundes immer öfter unseriöse Firmen, so genannte „Kanal-Haie“, durch „Haustürgeschäfte“ ihr Unwesen. Daher bittet die CDU-Fraktion für die kommende Sitzung der Gemeindevertretung um die Beantwortung der folgenden Frage:

- Wie sehen die Planungen der Gemeinde Ober-Mörlen zur Umsetzung der EKVO aus?
- In welchem (auch zeitlichen) Rahmen ist eine Information der Bürger vorgesehen (z. B. durch eine Bürgerversammlung), auch um Unsicherheiten in der Bevölkerung vorzubeugen und unseriöse Praktiken wie die von so genannten „Kanal-Haien“ zu unterbinden?
- Wann werden die bereits am 25.08.2011 auf der Informationsveranstaltung in Oppershofen zugesagten Materialien an die Mandatsträger weitergeleitet?

Die Anfrage der CDU-Fraktion beantworten wir wie folgt:

1. Alle diesbezüglichen Maßnahmen sind wegen eines aktuellen Hinweises des Regierungspräsidiums Darmstadt zurückgestellt worden. Derzeit findet im Europaparlament eine komplette Gesetzesüberprüfung mit dem Ziel der Aufhebung statt.
2. Siehe Antwort Nr. 1
3. Die Informationen werden aus vorgenanntem Grund zurückgehalten.

TOP 12.7 Grundhafte Erneuerung der B 275 – Erneuerung von Trink- und Abwasserleitungen sowie von Hausanschlüssen in der Usinger Straße (Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.02.2012)

In einer Anfrage der CDU Fraktion vom 29.09.2009 wurde vom Gemeindevorstand mitgeteilt, dass im Zuge der Erneuerung der B275 im Ortsbereich in der Usinger Straße Teile der Hauptwasserleitung (Baujahr 1959 !) sowie die schadhafte Hausanschlüsse saniert werden sollen. Außerdem sollte in einem Teilbereich ein defekter, alter Abwasserkanal entfernt und die davon betroffenen Hausanschlüsse an den Hauptkanal angeschlossen werden. Durch den alten Kanal entstehen regelmäßig Setzungsschäden im Bürgersteig. Weiterhin finden in

diesem Bereich der Usinger Straße regelmäßig Wasserrohrbrüche statt.

Seit kurzem ist nun bekannt, dass „Hessen Mobil –Straßen und Verkehrsmanagement“ ab März 2012 die B275 unter anderem in der Ortsdurchfahrt Ober-Mörlen erneuert. Allerdings ist die CDU verwundert, dass in diesem Zusammenhang plötzlich von der Erneuerung der betroffenen Wasserleitungen und Abwasserkanäle nicht mehr die Rede ist. Dies ist irritierend, zumal eine Schädigung der neuen Straßendecke beim nächsten und absehbaren Rohrbruch sofort wieder eintreten würde. Es ist Geldverschwendung und Unsinn, eine Straße für viel Geld zu sanieren, um sie am nächsten Tag aufgrund maroder Leitungen unter der Erde wieder aufreißen zu müssen.

Daher bittet die CDU-Fraktion um die Beantwortung der folgenden Fragen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung:

1. In der Usinger Straße liegen ein alter Abwasserkanal und eine alte Hauptwasserleitung (Baujahr 1959), bei denen es seit Jahren regelmäßig zu Rohrbrüchen kommt. Warum werden diese im Rahmen der grundhaften Erneuerung der Straßendecke in der Usinger Straße nicht mit ausgetauscht, obwohl dies doch seit Jahren so geplant und kommuniziert wurde?
2. Wie gestaltete sich diesbezüglich die Kommunikation mit dem HMSV? Warum kann hier nicht eine für alle Beteiligten sinnhafte Absprache getroffen werden, z. B. eine abgestimmte zeitliche Verschiebung der Bauarbeiten, beispielsweise zumindest für den betroffenen Teilbereich der Usinger Straße?
3. Was würde die Erneuerung der entsprechend alten Leitungen kosten?
4. Welche Kosten sind der Gemeinde in diesem Bereich aufgrund von Rohrbrüchen in den letzten zehn Jahren entstanden? Wie viele Kosten entstanden davon allein in den letzten zwei Jahren?
5. In wie vielen Fällen waren in den vergangenen drei Jahren Hausanschlüsse beschädigt, sodass Kosten für die Hauseigentümer entstanden sind? In welcher Höhe lagen diese Kosten?
6. Wie beurteilt der Gemeindevorstand die Tatsache, dass mit Steuermitteln des Bundes eine Straßenoberfläche erneuert wird, obwohl absehbar ist, dass mit kommunalen Steuermitteln die Oberfläche absehbar wieder aufgerissen werden muss, weil die Leitungen unter der Erde marode sind?

Die Anfrage der CDU-Fraktion beantworten wir wie folgt:

1. Nur die Usinger Straße in Langehain-Ziegenberg wird grundhaft erneuert. Bei dieser Maßnahme werden die Wasserhauptleitung und die Hausanschlüsse ebenfalls mit erneuert, ebenso die Hausanschlüsse der Entwässerungsleitungen. In der Ortsdurchfahrt Ober-Mörlen werden nur die bituminösen Schichten des Aufbaues saniert.
Aufgrund nicht vorgesehener finanzieller Mittel im Haushalt 2012 sowie einer zeitlich nicht ausreichenden Umsetzungsfrist können im Zuge der von Seiten des Amts für Straßen- und Verkehrswesen Gelnhausen kurzfristig auszuführenden Deckenerneuerung im Bereich der Ortsdurchfahrt Ober-Mörlen keine vorhandenen Wasser- und Entwässerungsleitungen mit den dazugehörigen Hausanschlüssen der einzelnen, an der B 275 „Ortsdurchfahrt Ober-Mörlen“ anliegenden, Grundstücke erneuert werden.

Betroffene Anwohner wurden seitens der Bauverwaltung informiert, damit diese eine private Befahrung der Leitung veranlassen können, um ggf. defekte Hausanschlüsse noch vor der Deckenerneuerung auszutauschen.

2. Die Deckenerneuerung der B 275 wurde durch eine zusätzliche Finanzausstattung des Bundesverkehrsministeriums in 2011 in Höhe von 600 Millionen Euro möglich. Von dort aus wurden die einzelnen Maßnahmen über die zuständigen Landesämter

- (ASV) bewilligt, leider ohne jegliche Einflussmöglichkeit weder über die zeitliche Umsetzung noch anderer örtlicher Erfordernisse der betroffenen Kommunen.
3. Gemäß der Kostenschätzung der Ingenieurgesellschaft Müller belaufen sich die ^ Kosten auf 999.000,00 € für Wasser- und Entwässerungsleitungen mit den dazugehörigen Hausanschlüssen (siehe Anlage).
 4. Eine Recherche über 10 Jahre ist nicht möglich, in den letzten 3 Jahren sind der Gemeinde Ober-Mörlen Kosten für die Reparatur der Kanal- und Wasserleitungen in der Usinger- und der Frankfurter Straße, in Höhe von ca. 64.000,00 € angefallen.
 5. . In den letzten 3 Jahren wurden insgesamt 3 Hausanschlüsse in der Usinger- und der Frankfurter Straße erneuert. Die Kosten waren im Durchschnitt ca. 7.500,00 € pro Anschluss.
 6. Die Beantwortung dieser Frage unterbleibt.

TOP 12.8 Pendlerparkplatz (Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.02.2012)

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 16.12.2010 wurde auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, die Einrichtung eines Pendlerparkplatzes in der Nähe der Autobahnanschlussstelle Ober-Mörlen zu prüfen. Die Ergebnisse sollten dem HuF und der Gemeindevertretung bis zur Sitzung im Mai 2011 vorgelegt werden. Leider ist dies bis heute noch nicht geschehen.

Hierzu hat die CDU-Fraktion folgende Fragen:

1. Hat die Gemeinde mit dem Land Hessen Gespräche über die Einrichtung eines P+M Parkplatzes geführt? Wenn nein, warum nicht?
2. Wie ist das Ergebnis der Verhandlungen, bzw. wenn diese noch laufen, wie ist das Zwischenergebnis?
3. Welche Flächen kommen nach Ansicht des Gemeindevorstandes in Betracht?

Hierzu erfolgt die Beantwortung in einer der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

TOP 12.9 Anfrage zu Mehreinnahmen der Gemeinde (Anfrage der FWG-Fraktion vom 16.02.2012)

Der Presse, u.a. der Frankfurter Rundschau vom 01.02.2012, war zu entnehmen, dass das Land Hessen Mittel aus Steuermehreinnahmen in Höhe von 5,8 Millionen Euro an die Kommunen in der Wetterau ausschüttet. Beispielsweise wurde gemeldet, dass Wölfersheim 170.000 Euro und Altenstadt 130.000 Euro erhalte.

Die Fraktion der FWG hat daher folgende Fragen an den Gemeindevorstand.

1. Welche Summe an zusätzlichen Mitteln wird für Ober-Mörlen ausgeschüttet?
2. Wann ist die Auszahlung erfolgt bzw. wann erfolgt diese?
3. Wie ermittelt sich die Summe?
4. Besteht ein Zusammenhang zwischen der vergleichsweise guten Finanzsituation unserer Gemeinde und der Höhe der Mittel?

Wenn ja: welcher Zusammenhang besteht?

Da das MdG Jan Wöfl sich bereits telefonisch bei Herrn Deubler erkundigt hat, zieht er die Anfrage zurück.

TOP 13 Aktuelle Anfragen

MdG Johannes Heil weist darauf hin, das wegen der parkenden Autos beim Kirchplatz dringend etwas unternommen werden muss.

Bürgermeister Sigbert Steffens erklärt, dass sich der Gemeindevorstand bereits mit diesen Thema befasst.

MdG Erich Kopp berichtet, dass auf der Nordseite im Neubaugebiet „Heiliger Berg“ in Langenhain-Ziegenberg die Bürgersteige wegen Arbeiten der Telekom nochmals aufgerissen werden müssen. Er fragt nach, wer in diesem Fall versicherungspflichtig ist und die Kosten trägt.

Bürgermeister Sigbert Steffens verspricht, sich darum zu kümmern.

MdG Jan Weckler fragt, warum die Potentialstudie nur an die Fraktionsvorsitzenden verteilt wurde.

Bürgermeister Sigbert Steffens berichtet, dass diese Studie in den Ausschüssen bearbeitet und auch erläutert wird.

MdG Joachim Reimertshofer fragt an, ob die Verteilung der Potentialstudie an alle Mitglieder der Gemeindevertretung per Mail versendet werden kann.

MdG Joachim Reimertshofer erkundigt sich nach dem Zustand in der Kita Sternschnuppe und warum die Schäden erst jetzt festgestellt wurden.

Bürgermeister Sigbert Steffens stellt dar, durch welche Umstände das Ausmaß des Schadens entdeckt wurde.

Das Gesundheitsamt hat die vorliegenden Gutachten bewertet und einer Betriebserlaubnis für die Kita widersprochen. In Kürze werden vier Container auf dem Lekkerkerkplatz aufgestellt. Diese Lösung gilt für vorerst acht Wochen.

Durch einen Versicherungsverwechsel zum Zeitpunkt des Schadens ist die Übernahme der Kosten noch nicht endgültig geklärt.

Gemeindevorstand, Mitarbeiterinnen und Elternbeirat der Kita sowie Vertreter der Versicherung treffen sich regelmäßig zu Gesprächen.

MdG Johannes Heil fragt nach den Gerüchten um Pfusch am Bau in der Kita.

Bürgermeister Sigbert Steffens gibt an, dass Gespräche mit den Versicherern laufen.

MdG Mario Sprengel weist darauf hin, dass Geländer an der Usa in der Verlängerung Pfarrgasse abgebrochen ist.

Bürgermeister Sigbert Steffens sichert zu, sich darum zu kümmern.

MdG Mario Sprengel spricht an, dass an der Ecke Frankfurter Str. /Usinger Str. vor dem Haus Dey der Blumenkübel verschoben wurde. Durch den jetzt dort parkenden Transporter ist der Verkehrsspiegel nicht mehr einsehbar.

Bürgermeister Sigbert Steffens gibt an, dass dies bereits an die Polizei gemeldet wurde.

MdG Mario Sprengel bittet darum, dass das Schlagloch beim Hydranten in der Mühlgasse verfüllt wird.

Bürgermeister Sigbert Steffens sichert baldmögliche Erledigung zu.

MdG Gottlieb Burk fragt an, wann das umliegende Verkehrsschild in der Hasselhecker Str. wieder aufgerichtet wird.

Bürgermeister Sigbert Steffens verspricht, sich darum zu kümmern.

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Gerd-Christian von Schäffer-Bernstein
Vors. Mitglied der Gemeindevertretung

Bärbel Liebert
Schriftführerin